

Abschiebung junger Geflüchteter wird zum Flächenbrand – Demokratische Gegenwehr ist möglich

Die Abschiebung des angehenden Malers und Lackierers Serhat Ü. kurz vor Antritt seiner Berufsausbildung konnte man vor zwei Jahren noch für einen isolierten autoritären Willkürakt halten. Inzwischen entwickelt sich der Abschiebewahn jedoch zum Flächenbrand. Alle drei großen Marburger beruflichen Schulen sind betroffen. Die Schulgemeinden der Georg-Büchner-Schule Stadtallendorf, der Hinterlandsschule in Biedenkopf, der Wollenbergschule in Wetter und jetzt auch der Mittelpunktschule Dautphetal müssen bedrohte Schüler:innen schützen. Auch die Altenpflegeschule der AWO in Marburg und die Schulen für Medizinische Technologen am Universitätsklinikum Gießen-Marburg werden damit konfrontiert, dass jungen Geflüchteten mitten in der Ausbildung die Abschiebung angedroht wird. Nicht zuletzt kommen in Wohngruppen für minderjährige unbegleitete Geflüchtete die gefürchteten gelben Briefe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an. Zwei grundlegende Muster sind erkennbar:

- Das BAMF gewährt den Eltern keinen Flüchtlingsschutz, fordert sie zur freiwilligen Ausreise auf und droht im Weigerungsfall mit Abschiebung. Minderjährige Kinder werden als Kollateralschaden betrachtet, egal wie gut sie in Schule und Gesellschaft integriert sind und welche Zukunftsperspektiven sie haben.
- Jugendliche werden mit dem achtzehnten Geburtstag volljährig. Vor diesem Stichtag ist ihr Aufenthalt gestattet oder geduldet. Danach gelten sie als rechtlich eigenständige, abgelehnte Asylsuchende. Auch für sie gilt der Grundsatz der freiwilligen Ausreise oder Abschiebung und zwar auch dann, wenn sie überhaupt keine persönlichen Bezüge mehr zum Herkunftsland haben.

Menschenwürdige Alternativen nutzen

Die Absicht hinter dem Abschiebewahn ist deutlich erkennbar. Die Flucht nach Deutschland soll als perspektivlos dargestellt werden. Von Dobrindt über Poseck bis zu Hinterbänkeln der AfD in Kreistagen lautet das gemeinsame Narrativ: Geflüchtete Jugendliche mit schwarzen Haaren, dunkler Haut und merkwürdigen Sprachen neigen zu Kriminalität und stören das Stadtbild. Sobald ihr Asylantrag abgelehnt ist, müssen sie raus. Danach können sie vielleicht mit einem Visum zum Zweck der Ausbildung wieder einreisen. Mit der Gesetzeslage stimmt diese Erzählung nicht überein. Das Aufenthaltsgesetz kennt durchaus Alternativen für den Umgang mit Menschen, denen kein Flüchtlingsschutz zuerkannt wird. Abschiebung kombiniert mit angeblich freiwilliger Ausreise ist nur die eine, die andere heißt Ausbildung und Beschäftigung für gut integrierte. Dafür gibt es gesetzlich definierte Instrumente von Duldung und Aufenthaltserlaubnis. Ermessensentscheidungen sind für Behörden möglich.

Diese absurde Logik der angeblich zwangsläufigen Abschiebung stößt auf Gegenwehr. Ein gutes Beispiel ist die Georg-Büchner-Schule (GBS) in Stadtallendorf. Viele Mitschüler:innen sind auf die Straße gegangen, um ihre Solidarität mit den Abgeschobenen zu zeigen. Sie wollen ihre ehemaligen Banknachbar:innen zurück. Bei zwei Demonstrationen ist es nicht geblieben. Als die Bigband der Bundeswehr ihr traditionelles Weihnachtskonzert veranstaltet hat, haben sie einen Stand aufgebaut und Solidaritätsplätzchen verkauft, die sie vorher mit Unterstützung ihrer Eltern gebacken hatten. Tags darauf haben sie diese Aktion auf dem Nikolausmarkt wiederholt. Damit haben sie es in die Oberhessische Presse, in die taz und zur besten Sendezeit ins Hessenfernsehen geschafft.



Foto ©: Marita Gabrian

Auch die Kollegien sind aktiv geworden. Lehrer:innen der GBS und der Marburger Käthe-Kollwitz-Schule (KKS) haben Eingaben an das Staatliche Schulamt, das Kultusministerium und das Innenministerium verfasst und fordern Hilfe für die ihnen anvertrauten Schüler:innen ein. Sie sehen in ihnen Menschen mit ganz unterschiedlichen Schicksalen

und Begabungen und wollen sie fit für ein demokratisches Zusammenleben machen. Abschiebungen aus der Ausbildung heraus lassen sich nicht mit demokratischen Grundwerten in Einklang bringen. Und auch mit ökonomischen Prinzipien passen sie nicht zusammen. Manpower und Geld sind in die Ausbildung investiert worden. Gerade dann, wenn sich diese Investitionen für die Gesellschaft auszahlen könnten, werden die Jugendlichen und mit ihnen ihre Qualifikation außer Landes geschafft. Kliniken, Pflegeheime und mittelständische Ausbildungsbetriebe reagieren mit Unverständnis. Sie machen sich für den Verbleib ihrer aktuellen und künftigen Auszubildenden stark.



Foto ©: Marita Gabrian

Die demokratische Wende organisieren

Diese Aktivitäten zeigen durchaus Wirkung. Wenn sich der hessische Innenminister Poseck heu-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite:

te Interviews stellen muss, gerät er zunehmend unter Rechtfertigungszwang. Die ständige Wiederholung des Mantras von unerlaubter Einreise ohne Visum und drohender Ausländerkriminalität zieht eben nicht mehr, wenn er die Abschiebung einer angehenden Fachkraft in der Krankenpflege, eines künftigen Medizinischen Technologen für Radiologie, eines Azubis im Maler- und Lackiererhandwerk oder auch eines deutschen Mannschaftsmeisters im Amateurboxen rechtfertigen soll. Eine Wende im Mainstream deutet sich an. Sie könnte Wahlen entscheiden und insbesondere für grün und sozialdemokratisch geprägte Wähler:innen

nen Alternativen zu bestehenden Koalitionswängen eröffnen.

Auf Landesebene hat sich jetzt ein Bündnis „Bildung statt Abschiebung“ gegründet. Die GEW gehört gemeinsam mit dem Paritätischen Hessen, der Diakonie Hessen, dem Hessischen Flüchtlingsrat, dem Landesausländerbeirat (agah) und der Landeschüler:innenvertretung (LSV) zu den Gründungsmitgliedern. Gemeinsam fordern sie die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen, eine professionelle, unabhängige Struktur von Einzelberatung für Migrant:innen und vor allem keine Abschiebung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Kita, Schule oder Ausbildung.



Foto ©: Marita Gabrian

Wir brauchen euch!

Liebe Kolleg:innen,
wir brauchen euch für eine Vernetzung aller Schulen, so dass im Falle einer Abschiebung schnell gehandelt werden kann!

- Meldet euch unter der GEW-Adresse gegen-abschiebung@gew-marburg.de als Ansprechpartner:innen eurer Schule.
- Gebt die Info auch an Kolleg:innen weiter, die Interesse an der Initiative haben oder deren Schüler:innen betroffen sein könnten.

Wir brauchen eure Unterstützung im Alltag!

- Macht auf das Thema aufmerksam: durch Texte im Deutschunterricht, das Entwerfen von Plakaten und Social-Media-Auftritten, Aktionen in der Schule etc.
- ...und veröffentlicht diese auf euren Schulplattformen.

Wir brauchen euch gegen Abschiebung!

Seit Jahren gibt es im Landkreis Marburg-Biedenkopf das Netzwerk EFL (Ehrenamt-Flucht-Integration). Es verbindet ehrenamtliche Flüchtlingsinitiativen in Städten und Gemeinden des Landkreises, die für ein solidarisches Zusammenleben von Zugewanderten und Alteingesessenen kämpfen und von Abschiebung bedrohte Menschen unterstützen. Zugang zur professionellen Asylberatung wird organisiert, Petitionen werden unterstützt, öffentliche Kundgebungen geplant und nicht zuletzt Anwaltskosten übernommen.

Auch die GEW sieht sich als Knoten im demokratischen Netzwerk. Der GEW-Kreisvorstand unterstützt konsequent Aktivitäten in Schulen, Hochschulen, Kitas und Ausbildungsbetrieben.

Unter der Emailadresse gegen-abschiebung@gew-marburg.de kann schon jetzt Hilfe angefordert werden. Ein gewerkschaftliches Interventionsteam befindet sich im Aufbau. Erste Hilfe bietet der Flyer „Sofortmaßnahmen bei drohender Abschiebung“. Die Elemente einer demokratischen Wende vom Abschiebewahn zur humanen Migrationspolitik sind vorhanden. Wir müssen sie nutzen und zusammenführen.

Den Flyer „Sofortmaßnahmen bei drohender Abschiebung“ findet Ihr hier.



Kurt Bunke, Januar 2026

Impressum + Redaktion:

Herausgeber:

GEW-Kreisverband
Marburg-Biedenkopf
Schwanallee 27-31,
35037 Marburg
Tel.: 06421 - 21812

✉ info@gew-marburg.de

Layout:

Schumacher Informations-Design
info@e-schumacher.de

Druck:

msi-media serve international
GmbH, Marburger Str. 92,
35043 Marburg
Auflage: 3600

Redaktionsteam:

Christina Edelmann
& Annette Müller
www.gew-marburg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Briefe an die Redaktion:

✉ gew-aktiv@gew-marburg.de

GEW-Mitgliedsantrag

